

1. BRAUCHEN WIR EINE FREIZEITPOLITIK?

„Ich bin mit der Umgestaltung der Arbeitszeit durch die 35-Stunden-Woche zufrieden. Wir haben zwar längere Arbeitstage, müssen öfter am Samstag ran. Aber ich gewinne einen freien Tag den ich den Kindern widme“.

(Die französische Textilarbeiterin Corine, im KURIER vom 9. Oktober 1999)

„Ich muss mich auf ständig neue Arbeitszeiten einstellen, die jede Freizeitplanung unmöglich machen. Was früher als Überstunden abgegolten wurde ist jetzt Teil der Jahres-Arbeitszeit“.

(Germaine, Kassierin im Supermarkt, ebd.)

1.1 DER POLITISCHE DENKANSTOSS

Zeit ist das einzig nicht vermehrbare Gut. Wir sollten sorgfältiger damit umgehen; denn: wenn ich keine Zeit mehr für die Menschen habe dann war wohl alle Eile umsonst.

Zeitkompetenz wird zur Schlüsselqualifikation in vielen Lebensbereichen. In diesem Zusammenhang haben wir der außerberuflich verbrachten Lebenszeit politisch zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt.

Flexibilisierung ist das Zauberwort für den Wirtschaftsstandort Österreich. Über die Auswirkungen der zunehmenden Flexibilisierung in der Arbeitswelt auf Familie, Partnerschaft und Gemeinwesen wird politisch zu wenig nachgedacht.

„Neue Freizeit-Politik machen“ bedeutet den geänderten Erwartungshaltungen der Menschen im politischen Alltagsgeschäft gerecht zu werden.

- ? Ganzheitliche Lebenskonzepte dominieren die Lebensgestaltung. Berufs- und Privatleben, Arbeit und Freizeit stehen gleichwertig und gleichberechtigt im Zentrum der Lebensplanung.
- ? Zunehmende Individualisierung und die Emotionalisierung des Alltagslebens bedeuten das verstärkte Einbeziehen von Gefühlen, Erwartungen und Sehnsüchten in Entscheidungsprozesse.
- ? Immaterielle Werte werden zunehmend in zunächst rein materiell ausgerichtete persönliche Lebensentwürfe aufgenommen.

In der Politik wurde diese Entwicklung bisher nur als Protestpotential wahrgenommen und daraus entwickelte sich der sogenannte **Populismus**:

„...als von Opportunismus geprägte, volksnahe oft demagogische Politik mit dem Ziel durch Dramatisierung der politischen Lage die Gunst der Massen zu gewinnen.....oder aber:

als literarische Richtung des 20. Jahrhunderts verstanden, mit dem Ziel das Leben des einfachen Volkes in natürlichem, realistischem Stil für das einfache Volk zu schildern“.

„Neue Freizeit-Politik“ ist eine Politik der Daseinsvorsorge für die neuen Freiheiten und Freizeiten der Bürger.

Freizeitpolitik ist jedenfalls keine Politik der Freizeitgestaltung und des Eingriffes in die Privatsphären der Bürger.

Freizeitforschung ist keine Spiel- und Animationsshow auf akademischen Niveau, Freizeitforschung ist Lebensqualitäts- und Zukunftsforschung zugleich.

Freizeitforschung und Freizeitpolitik befassen sich mit den zukünftigen Lebensstilen der Menschen in Arbeit und Freizeit. Oder wie Horst Opaschowski es formuliert: diesseits und jenseits der Erwerbsarbeit.

Das Industriezeitalter haben die Menschen auf diesem Weg hinter sich gelassen. Diesen Paradigmenwechsel hat die Politik nicht im Gesamtausmaß seiner Bedeutung wahrgenommen geschweige denn umgesetzt.

Der Begriffsteil „Frei-Zeit“ soll nicht eine grundsätzlich andere, noch weniger: eine zusätzlich notwendige Politik signalisieren.

Es geht um eine Änderung des Blickwinkels für ein und die selbe Sache. Gefordert wird nur zum Teil eine Änderung der Inhalte der Politik an sich, vor allem aber ihrer Methode sich an die Menschen zu wenden.

Wer die Menschen für und durch die Politik ansprechen will, der muss sie zunehmend auch über Freizeitthemen ansprechen. Dies bedeutet in erster Linie Vernetzung traditioneller Freizeitbereiche, wie z.B. Tourismus, Kultur, Sport, Medien, Unterhaltung und (Weiter-)Bildung im Sinne einer Querschnittaufgabe.

Die Geschäftsordnung der Politik ist neu zu ordnen.

1.2 FREI. ZEIT. POLITIK.

Erlebnisorientierung kann der Politik nicht schaden. Sie hat sich in vielen Bereichen bereits durchgesetzt.

Es ginge also um die **Weiterentwicklung der Parteien in Bezug auf ihre Programme** in Hinblick auf tatsächliche Lebensqualität.

Besinnung auf Grundwerte und zukunftsweisende Visionen müssen dabei keine Gegensätze darstellen.

Ideologie und Aufbruch gehen derart eine neue Symbiose ein:

Der politische Lebenssinn (Überlebenssinn?) wird im 21. Jahrhundert neu definiert werden müssen.

Aus der Sicht der Freizeitforschung ergeben sich folgende **Perspektiven** für eine mögliche Weiterentwicklung der Parteien bzw. ihrer Programme.

Wer greift zu: zum ersten, zum zweiten und.....

SPÖ:

Von der Arbeitnehmerpartei zum Interessensanwalt für Lebensqualität...

ÖVP:

Lohnwert-Wohnwert-Freizeitwert: aus Funktionen des Marktes entwickeln wir die individuelle Lebensqualität.....

FPÖ:

Auf Protest wird Mitgestaltung: aus dem (hohen) Lebensstandard für wenige entsteht eine (höhere) Lebensqualität für viele....

Die Grünen:

Beim Übergang vom Industriezeitalter ins Dienstleistungszeitalter haben wir die Nachhaltigkeit im Sinne von „Lebensqualität für alle“ im Auge.....

Diese Denkanstöße sollen selbstverständlich weder Belehrung noch Einmischung in politische Strategien darstellen.

- ? Arbeitnehmerpartei und Lebensqualität
- ? Wirtschaftspartei und Lebensqualität
- ? Protestpartei und Lebensqualität
- ? Alternativpartei und Lebensqualität

stellen jedenfalls aus Bürgersicht keineswegs Widersprüche dar. Im Gegenteil!

Ein Umstand der bei diversen Erneuerungsüberlegungen jedenfalls eine Rolle spielen sollte.

*„Es geht um eine nachhaltige Generationengerechtigkeit“
(Opaschowski).*

*Das wäre „die“ Innovationsaufgabe für alle Parteien.
Politik für Lebensqualität ein dafür treffender Sammelbegriff.*

2. DIE FREIZEITPOLITISCHE STUDIE AUS 1996

„Immer mehr Bürger identifizieren sich mit dem arbeitsfreien Teil des Lebens und entwickeln, wie die moderne Sozial- und Wertewandelforschung nachweist, geradezu neue Freizeitkarrieren in sportlichen, sozialen oder politischen Bereichen - zunächst eher spontan, informell und unorganisiert.“

(Zellmann 1996)

In einer vom BMWA 1996 in Auftrag gegebenen Studie untersuchte ein Expertenteam Möglichkeiten und Aufgabenstellungen für eine **koordinierende Freizeitpolitik**.

Das Team setzte sich aus Prof. DI Dr. Dieter Bökemann (TU-Wien), Dr. Rudolf Bretschneider (Fessel Institut), Mag. Dr. Egon Smeral (WIFO), Prof. Mag. Peter Zellmann (Ludwig Boltzmann-Institut f. angewandte Freizeitwissenschaft) zusammen.

Der wichtigste Schluss dieser Studie:

Es mangelt in Österreich an einer vernetzten Freizeitpolitik: eine politische Querschnittsaufgabe, die die Bereiche Tourismus, Sport, Kultur, Medien und Unterhaltung zusammenfasst.

An die Ergebnisse dieser Studie wollen wir mit einem Pressegespräch anknüpfen.

Dies vor allem in Hinblick auf die geänderten Lebensstile der Menschen, **ganzheitliche Lebenskonzepte dominieren**, die klassische Trennung der Bereiche Arbeit und Freizeit gibt es nicht mehr, Elemente aus Beruf und Freizeit gehen fließend ineinander über. Diesem Umstand hat die Politik bisher zu wenig Rechnung getragen.

Für den Tourismus gilt im besonderen, daß der Urlaub wohl der qualitativ wichtigste Teil der Freizeit, darüber hinaus ein volkswirtschaftlich überaus bedeutender Bereich ist:

Die Freizeit- und Tourismuswirtschaft macht **15 % des BIP** aus, in beiden Bereichen zusammen existieren etwa **400.000 Arbeitsplätze**.

Ein wesentlicher Bestandteil einer koordinierenden Freizeitpolitik muss das Verständnis für eine neue **Zeitpolitik** sein:

Verlangsamung der Prozesse, Zeit nehmen/Zeit geben, ein bewußter Umgang, vor allem auch öffentlicher Stellen, mit der Ressource "Zeit" sind notwendige Erkenntnisprozesse.

Politik hat nicht vorzuschreiben, was mit der Zeit zu tun ist, wie sie aufzuteilen ist, sondern sie soll Zeit sparen helfen, ja Zeit geben - **Zeitsouveränität** vor allem, die ein Faktor von **Lebensqualität** ist.

Freizeitpolitik sollte sich danach primär mit den **Rahmenbedingungen** befassen, in denen der einzelne nach seinen Präferenzen freizeitbezogene Konsumtechniken realisiert.

Sie sollte sich einerseits an den präferenzbestimmten Nachfragetrends orientieren, andererseits jedoch mit der Förderung entsprechender **Ausbildungsstätten** die Nachfrage (dem nationalen Angebot an konsumtechnischen Gelegenheiten entsprechend) beeinflussen.

Der zentrale Leitgedanke der **Freizeitpolitik als "Querschnittsmaterie"** ist, dass in allen relevanten Politikbereichen die Freizeitbedürfnisse der betroffenen Bürger und die Erfüllungsmöglichkeiten durch die Leistungsträger bewußt mitbedacht werden, und eine möglichst koordinierte Vorgangsweise angestrebt wird.

Grundsätzlich kann zwischen **direkter und indirekter** Freizeitpolitik unterschieden werden. Die Freizeitpolitik kommt nachfrage- und angebotsseitig zum Tragen und bezieht sich sowohl auf das Wohn- und Arbeitsumfeld als auch auf den Urlaubs- und Erholungsbereich. Die direkte Freizeitpolitik umfaßt alle jene Maßnahmen und Aktionen, die in erster Linie oder ausschließlich auf die persönliche Freizeit ausgerichtet sind (z. B. Freizeitpädagogik, Tourismus, Sport, z. T. Medienpolitik). Die indirekte Freizeitpolitik umfaßt alle jene Maßnahmen (z. B. Öffnungs- und Arbeitszeiten, Autobahnmaut, Währungspolitik, Sparpaket), welche die Freizeitsituation der Bürger betreffen, ohne direkt darauf ausgerichtet zu sein.

Daher wird von der Expertengruppe folgendes angeregt:

- *) Die Gründung eines freizeitpolitischen Ausschusses
- *) Maßnahmen für eine regelmäßige Tourismus- und Freizeitforschung (Marktforschung)
- *) Eine Überprüfung der Ausbildungen und Ausbildungsinhalte für Freizeit- und Tourismusberufe in allen freizeitrelevanten Bereichen (z. B. neue Fachhochschullehrgänge)
- *) Freizeitpolitik muß sich mit konsumtechnischen Zielen der Raumordnung und Stadtentwicklung befassen (konsumtechnische Cluster)

Mit der wachsenden Freizeit- und Erlebnisorientierung des Lebens sind neue, **animative Vermittlungsformen gefordert**, wie sie insbesondere von der pädagogischen Freizeit- und Animationsforschung entwickelt werden.

Die Freizeit der Bürger ist und bleibt in ihrer inhaltlichen Gestaltung unbestritten Privatsache.

Der Wirtschaftsfaktor Freizeit als Motiv für neue Märkte und der Sozialwert **Freizeit als Impuls für neue Werte** (in Familie, Nachbarschaft und Gemeinwesen, in sozialen Organisationen und Vereinen) stellen eine neue politische Gestaltungsaufgabe für die Zukunft dar.

Neue Sehnsüchte der Menschen prägen neue Märkte, was eine besondere Herausforderung, insbesondere für eine freizeitbezogene Wirtschaftspolitik, darstellt: die neuen Freizeitmärkte entwickeln sich zu "den" Zukunftsindustrien des 21. Jahrhunderts.

2.1 SCHRITTE FÜR DIE EINRICHTUNG EINER „NEUEN FREIZEITPOLITIK“ DURCH DIE BUNDESREGIERUNG

Kurzfristige Maßnahmen:

Freizeitsymposium im Frühjahr 2000. Dies sollte zugleich der Startschuss für die Gründung des "Diskussionsforums Freizeitpolitik" sein.

Gründung eines außeruniversitären **Freizeit- und Tourismusforschungsinstitutes**, zumindest eine verbesserte (organisierte) Koordination ähnlicher, bestehender Einrichtungen.

Einrichtung einer **Koordinationsstelle „Freizeitpolitik“** im BKA.

Verpflichtende "**consumer-satisfaction-studies**" für staatlich erbrachte Dienstleistungen unter Zeitverbrauchsgesichtspunkten (Pünktlichkeit, Geschwindigkeit, Zeitverbrauch für den "Kunden").

Mittelfristige Maßnahmen:

Gründung eines **freizeitpolitischen Ausschusses** für die Umsetzung einer ganzheitlichen Freizeitpolitik.

Ausbildungsfragen für Freizeit- und Tourismusberufe in bestehenden Ausbildungsgängen sind mit dem **BMUKA zu diskutieren** bzw. Veränderungen (Qualifizierung für Freizeitberufe) voranzutreiben.

Maßnahmen (Rahmenbedingungen) für eine bessere **Vernetzung der örtlichen Freizeitinfrastruktur mit dem Tourismusangebot** müssen gesetzt werden.

Langfristige Maßnahmen:

Ein neuer **Fachhochschullehrgang** für Freizeit- und Tourismusberufe ist ins Leben zu rufen.

Schwerpunkt dieses neuen Studienganges muss die Qualifizierung der Software (Kooperation, animative Didaktik, Verhältnis Reisende / Bereiste; dies auf der Basis des üblichen Managementbegriffes).

Die **Sozialpartner** sollten insbesondere für den Freizeit- und Tourismusbereich **flexiblere Rahmenbedingungen** (Öffnungszeiten, Arbeitszeit,) diskutieren und ermöglichen.

Weiterführende Information:

Den ausführlichen Begründungsversuch von Professor Zellmann für die unter Punkt 1 und 2 angeführten Thesen können Sie in der gleichnamigen Publikation „BRAUCHEN WIR EINE FREIZEITPOLITIK?“ des Ludwig Boltzmann-Institutes für angewandte Freizeitpolitik nachlesen (das Institut stellt die oben erwähnte Studie interessierten LeserInnen zum Selbstkostenpreis von S 50,- zur Verfügung)!